



che Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft für alle. Sie tritt ein für Antifaschismus, Antinationalismus, Antimilitarismus und kämpft u. a. gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Anti-Genderismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit.

Diesen Positionen und Zielen der GEW stehen rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten unvereinbar gegenüber. Und daher erheben wir die Stimme

und gehen auf die Straße gegen die verschiedenen Strömungen innerhalb der Neuen Rechten, gegen Pegida, Hogesa, die Autonomen Nationalisten, die Identitären wie auch deren parlamentarische Auswüchse: die AfD. Deren Hetzpropaganda akzeptieren wir nicht als politische Meinungsäußerung: sie ist eine Form der Gewalt. Aus diesen Gründen kann und wird die AfD nie politischer Partner der GEW werden. Diese Partei und ihr unsägliches Wirken müssen wir ertragen, gehalten und uns dafür einsetzen,

dass sie aus dem Parlament gewählt wird. Gegenüber Gruppierungen, die die Gleichheit aller Menschen bestreiten, muss ganz klar Gegenpositionen bezogen werden. Das ist Aufgabe der Gewerkschaften und auch der GEW.

Und deshalb werden wir auch in Zukunft mittwochs in Hamburg rechter Hetze entgegentreten! Aber auch an allen anderen Tagen! Kein Fußbreit den Rassisten, an keinem Tag! – Für eine solidarische Gesellschaft!

DANKE!

Von wegen: alles nur Einbildung

Wie rassistisch ist das AfD-Umfeld? Einblicke in die Methode der Hetze und Stimmungsmache

Was ist das, wenn ein Verfassungsschutzpräsident sich offen in Opposition zur Bundeskanzlerin stellt, in dem er die Ereignisse in Chemnitz verharmlost, indem er anzweifelt, dass es in Chemnitz Hetzjagden auf Menschen gegeben hat und sich darüber hinaus in Verschwörungstheorien ergeht? Vor dem Hintergrund dieser Äußerungen – sie

skandalös zu nennen, hieße sie zu verharmlosen, sie lassen sich ebenso auf den sächsischen Ministerpräsidenten beziehen – sei an dieser Stelle ausschnitthaft die Propaganda und das Zusammenspiel der Rechtsradikalen mit der AfD beleuchtet.

Das Video

Bei Recherchen in den Vi-

deolisten von youtube nach dem Totschlag, begangen an einem Chemnitzer Stadtfestbesucher, fiel eine Figur namens „Franz Peter“ (F.P.) auf. Dieser „F.P.“ postete ein Selfie-Video eines jungen Mannes („Ich heiße Chris“, Typ identitär), der am Steuer eines Autos sitzt und als Teilnehmer und Augenzeuge im rechten Demo-Block über die



Chemnitzer Ereignisse spricht. Er bemüht sich, anscheinend emotional gefasst,

sachlich und bürgerlich seriös, die Lage in Chemnitz zu beschreiben. Der Unterton in seiner Stimme allerdings wirkt aufreizend und hetzerisch: „Ich muss versuchen, objektiv darüber zu berichten bzw. meine Meinung kundzutun.... auch wenn ich am liebsten brüllen und schreien möchte...“ (Video abgehört und gesehen am 7.9.2018 bei youtube). Sein Szenarium: „In Chemnitz wurden auf einem Fest, bei dem es eigentlich darum geht, friedlich zu sein, Spaß zu haben, drei deutsche Männer niedergestreckt und abgestochen, nachdem sie Frauen vor sexuellen Übergriffen geschützt hatten. Einer der Männer ist gestorben, der Zweite soll auch tot sein. Der Eine wurde mit 24 Messerstichen massakriert.“ (Das Zitat enthält Falschmeldungen.) „Festgenommen wurden, wie in den letzten Wochen so oft, ein Syrer und ein Iraker.“

Zu beachten ist das „wie ... so oft“. Er spricht gleich im Anschluss von einem Chemnitzer Arzt, der in seiner Praxis „vor den Augen des Kindes“, „seiner kleinen Tochter“, „aufgeschlitzt und bestialisch ermordet wurde.“ „Chris“ belegt nichts, reflektiert keine Hintergründe, 'beweist' seinen Bezug zur Stadtfesttat nur mit „... geht es nun weiter“. Bei Zuschauenden soll ankommen: In Chemnitz werden von Ausländern überall Morde begangen.

In der Propagandarede folgt dann die politische Schlussfolgerung: der politische Frontalangriff auf die Chemnitzer Stadtregerung, auf die Presse und auf „Merkel“, gepaart mit rassistisch durchtränkter Hetze gegen Ausländer. „Und was macht diese Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz? Sie stellt sich hin und beklagt, dass Menschen aufge-

bracht nach diesem Massaker durch die Stadt ziehen, um ihren Unmut kundzutun ... auch die Nachrichten reden nicht darüber ... dass jede Woche wieder Deutsche Opfer von Migranten geworden sind ...“ Stattdessen würden die Täter zu Opfern und die Opfer (hier die rechtsgerichteten Demonstrant_innen) zu Tätern gemacht. Die Hetzformel ist simpel: 'Die Ausländer töten uns! Täglich!': „... die Gewalt gegen Deutsche, die Morde gegen Deutsche, das tägliche Schlachten und Aufschlitzen, das tägliche Vergewaltigen“.

Noch „patrouillieren“ sie nur, um ihre Wut zu zeigen, wie „Chris“ zugibt. Doch drohend grollt es in der Ferne: „Und wisst ihr was, ihr kotzt mich an. Ihr ekelt mich vor allem an. Denn dieses scheinheilige, widerliche, empathielose Getue, das ihr an den Tag legt, das wird euch noch richtig auf den Kopf fallen. Denn die Menschen wachen auf ...“

Ist dieser von „F.P.“ gepostete „Chris“ einer von vielen dummen, verhetzten Typen aus der rechten Szene, die spontan auf Chemnitz' Straßen herum stolchen und ihre Wut heraus brüllen? Nein. „F.P.“ schreibt, die Quelle für das Video sei Chris Ares – der ist bekannt und berichtigt (siehe hlz 1-2/2017, Seite 41 f.). Dieser Aktivist unternimmt selbstverständlich den Versuch, die Situation zu nutzen und im 'Kampf um die Köpfe' Bodengewinne zu verzeichnen. Er prophezeit im Video: „Die ganze Lage wird sich drehen.“ Wehren werde er sich gegen die Versuche von Regierung und Presse, „...Menschen, die für eine Zukunft streiten, zu Tätern, zu einem Mob zu diffamieren, um euer krankes, versch(r?)obenes, buntes, vielfältiges, tolerantes Weltbild möglichst durchzupressen ...“. Sein letztes Wort: „... mit aller Härte“. Nein, nicht ganz, es kotzte und widerte ihn an. Möge er sich entleeren, wenn ihm danach ist. Und wenn er sich

dabei besudelt, dann soll er sich über seine eigene Dummheit nicht ärgern.

facebook-Seiten: Propagandahilfe für AfD-Freund_innen

Die facebook-Seite von „F.P.“ präsentiert Videos, die bei anderen abgekupfert werden. Fast ausschließlich das bewegte Bild wird benutzt, um ein rechtsnationales Weltbild zu konstruieren – vielleicht sogar mehr als das....

Erste Posts erscheinen am 24.2. und dann am 27.5.2018. Sie zeigen Busse, die mit schwarzen Farbbeuteln beworfen worden sind. Offensichtlich sollten die Drinsitzenden zu AfD-Veranstaltungen gefahren werden.

Die Gruppenpräferenzen des Betreibers der facebook-„F.P.“-Seite sind: Infogruppe der AfD-Bundestagsfraktion und Pegida-Sachsen. Positive Beiträge über Sebastian Kurz (Österreich) und Alice Weidel (AfD) werden ins Netz gestellt. „F.P.“ verbreitet den Kommentar: „Merkel du Miststück, was hast du getan?“ „Informationen“ bezieht die Seite auch von Martin Sellner, österreichischer Führer der „Identitären Bewegung“. Auch die „Ein Prozent“-Plattform ist vertreten (hlz ebd. und 3-4/2018, Seite 50).

Kurz vor den Ereignissen von Chemnitz dreht der „F.P.“-Betreiber dann an der Eskalationsschraube: Ein AfD-Plakat mit dem Aufmacher „Afghane (10) vergewaltigt Grundschüler“ erscheint. Und weiter: Feiernde, rauchende, schlemmende, unverschleierte, Alkohol trinkende, leicht bekleidete Syrerinnen mit Syrern (!) feiern abends in der Hitze unter freiem Himmel. Ein weiteres Video soll Kopulationsakte von Schwarzen auf offener Straße zeigen (Partyszene?). Frauen werden dabei „weitergereicht“. Ein Messerstecher-Video hat facebook wegen Gewaltverherrlichung gesperrt. In einem Video verprügelt ein weißer Boxer einen schwarzen

Boxer. Ein Schlag genügt.

Nach dem Totschlag von Chemnitz werden plötzlich dutzende von Demo-Videos der Rechten auf der facebook-Seite verbreitet. Sie zeigen Empörung, Wut, Hass auf Stadtregerung, Presse, Merkel, auf Gegendemonstrant_innen, auf Ausländer_innen, auf Menschen mit Migrationshintergrund. Verbreitet werden auch Bilder der letzten Hamburger Mittwochs-

(ehemals Montags)-Demonstration der Rechten, gegen die auch die GEW mobilisiert hat (siehe Rede in dieser hIz). Das „Chris“-Video wird eingebaut und erfüllt wertvolle Dienste dabei, das Denken zu verwirren.

Achtung: Sie nehmen Fahrt auf, die Rassenprediger. Sie nutzen die Gunst der Stunde und steigern ihre Aktivitäten. Das Umfeld macht mit. Die AfD nimmt auch die GEW ins Visier.

Was machen die staatlichen Stellen? In Bremen und Niedersachsen soll jetzt die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Thüringen prüft. In Sachsen hat sich der Verfassungsschutz bei der Verfolgung des NSU nicht mit Ruhm bekleckert. Seehofer schwieg lange ... und ... und und

WOLFGANG SVENSSON
hIz-Redaktion

Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben!

Die Bildungspolitik der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Einer der bildungspolitischen Schwerpunkte der AfD Bürgerschaftsfraktion in Hamburg besteht in regelmäßigen Angriffen auf die politische Bildung an Schulen und in dem immer wieder vorgetragenen Verdacht auf mutmaßliche Verstöße gegen die Verpflichtung zur politischen Neutralität. Diese sieht die AfD gefährdet und wittert stattdessen „politische Indoktrinationen“, also die einseitige Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte.

Politische Neutralität an Schulen – was heißt das?

Beutelsbach, ein kleiner Ort im Schwäbischen. Hier wurden 1976 die Grundlagen der politischen Bildung für die Bundesrepublik verabredet. Grundlagen, die für Schulbücher und Unterrichtsmaterialien gelten und die Grenze markieren zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle der Lehrkraft in einer demokratischen Gesellschaft und der Zielvorstellung von der Mündigkeit der Schüler_innen. Der Beutelsbacher Konsens schreibt fest:

- Das Überwältigungsverbot. Demnach ist untersagt, Schüler_innen und Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.
- Das Kontroversitätsgebot. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
- Das Gebot der Schülerorientierung. Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt

werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.

Rechtlich normiert ist dieser Konsens zur politischen Bildung an Schulen im Hamburgischen Schulgesetz (HmbSG), dem Bildungsplan gymnasiale Oberstufe Politik/ Gesellschaft/ Wirtschaft sowie der sog. Geschäftsordnungsbestimmung Nr. 14 der BSB.

Im HmbSG wird als Aufgabe der Schule genannt, „die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.“



Fredrik Dehnerdt auf der Demonstration gegen Rechtsradikalismus und rassistische Übergriffe in Chemnitz, gleichzeitig ein Protest gegen die Hamburger Anti-Merkel-Demonstrationen am 7.9.

Fotos: hIz